

Bericht 4. Quartal 2014 / Vorläufiger Jahresabschluss

In der als Anlage beigefügten Tabelle werden die ursprüngliche Planung für das aktuelle Jahr, die Ergebnisse des Vorjahres, die Quartalergebnisse und in der Spalte Erläuterung eine kurze Erklärung zur Abweichung vom Erfolgsplan dargestellt.

Pflegesatzerlöse:

Die Auslastung aller Gruppen; mit Ausnahme der Inobhutnahme-Gruppen, lag im Durchschnitt bei 92,27% und damit knapp 2 % unter dem Planwert für 2014. Dabei sank die Auslastung fast kontinuierlich seit Februar bis August 2014. Die Auslastung im 4. Quartal war etwas besser, lag jedoch weiterhin unter dem Planwert.

Gegen diesen negativen Trend war sowohl die Auslastung der Kinderwohngruppen als auch die der Mutter Kind-Gruppen über den Planwerten. So konnte die schlechte Auslastung der anderen Angebote teilweise kompensiert werden.

In den Mutter Kind-Gruppen wurden mehrere Mütter im Sommer entlassen. Schwangere werden, i.d.R. maximal sechs Wochen vor der Entbindung aufgenommen. Daher können die frei werdenden Plätze nicht immer zeitnah wieder belegt werden, was in 2014 konkret dazu führte, dass im 3. Quartal zeitweise Plätze in den Mutter Kind Gruppen frei waren. Die Plätze waren im 4. Quartal wieder belegt.

Jede Mutter-Kind-Gruppe verfügt über je 7 Plätze für die Mütter und Kinder. Ein freier Platz in einer Mutter-Kind-Gruppe hat daher prozentual größere Auswirkungen als ein freier Platz in den Regelwohngruppen, die 9 bis 10 Plätze anbieten.

Die durchschnittliche Auslastung der drei Jugendwohngruppen und der Mädchenwohngruppe lag mit 88,12 % knapp 6 % unter der verhandelten Auslastung von 94 %. Die Auslastung war im zweiten Quartal mit knapp 85% schlechter als im ersten Quartal mit rund 89 %. Im dritten Quartal stieg die Auslastung auf 90 %. Im 4. Quartal sank die Auslastung erneut auf etwa 88,5 %.

Eine Änderung des Angebots ist hinsichtlich der Jugendwohngruppen zwingend notwendig. Dazu gibt es mehrere Vorschläge und einen Austausch mit dem örtlichen Jugendamt. Näheres dazu wird in den pädagogischen Berichten dargestellt.

Die Tagesgruppe war mit durchschnittlich 72,18 % (im Vorjahr 87,7%) ebenfalls schlechter belegt als mit dem Jugendamt vereinbart wurde (93%). Mit Ausnahme der Monate Mai, Juli und September, waren von zehn Plätzen nur sieben belegt. In den drei genannten Monaten konnte, zumindest zeitweise ein achter Platz belegt werden. Im November und Dezember gab es nur noch sechs belegte Plätze. Die verhandelte Mindestauslastung von 93% wurde nur im Jahr 2012 erreicht. Es liegen kaum Aufnahmeanfragen vor, so dass freie Plätze nicht wieder belegt werden können.

Mit dem Jugendamt wurde bei den letzten Entgeltverhandlungen vereinbart, dass das Angebot voraussichtlich in 2015 eingestellt wird. Zuvor soll ein alternatives Angebot geschaffen werden.

In den ersten drei Quartalen lag die Auslastung der Kindernotaufnahme bei durchschnittlich knapp 78%. Insbesondere von Juni bis August war die Belegung sehr schlecht. Im Juni lag die Belegung bei 67 %. Im Juli waren die Kindernotaufnahmen nur zu 48 % und im August zu 53 % belegt. Im September stieg die Auslastung wieder auf knapp 80%. Im vierten Quartal lag die durchschnittliche Belegung etwas über 80 %. Die verhandelte Auslastung lag bei 85%.

Die beiden Kindernotaufnahmen sind Inobhutnahmegruppen, die dazu dienen schnell Kinder aufnehmen zu können. Daher liegt die verhandelte Auslastung unter der Auslastung der Regelwohngruppen (Vorgabe im Rahmenvertrag: mindestens 93%).

Die Belegung der Inobhutnahme lässt sich von KIJU nicht beeinflussen. KIJU ist die einzige Einrichtung, die in Wuppertal Kinder unter 14 Jahre Inobhut nehmen darf. Es handelt sich um eine hoheitliche Aufgabe. Andere Einrichtungen in Wuppertal dürfen vom Jugendamt nur dann mit Inobhutnahmen belegt werden, wenn es keine freien Plätze in den Kindernotaufnahmen gibt. Der Rückgang der Belegung wurde mit dem örtlichen Jugendamt thematisiert. Die Belegungssituation soll bis Sommer 2015 beobachtet und ausgewertet werden. Danach wird in Abstimmung mit dem Jugendamt entschieden, ob KIJU weiterhin zwei Inobhutnahmegruppen anbietet oder ob eine Gruppe konzeptionell verändert wird.

Die Entgelte konnten mit dem örtlichen Jugendamt nach langen Verhandlungen noch in 2014 neu vereinbart werden. Mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Monat, wurden die Entgelte rückwirkend zum 01.04.2014 (die Tarifierhöhung erfolgte zum 01.03.2014) erhöht. Dabei wurde der Personalkostenanteil in den Entgelten der Tarifierhöhung angepasst. Die variablen Sachkosten orientieren sich am Sachkostenrichtwert. Die fixen Sachkosten wurden prozentual erhöht. Dabei wurde derselbe Prozentsatz, wie für die Erhöhung des Personalkostenanteils zu Grunde gelegt. Stellenanteile und Auslastungsgrade blieben unverändert.

In der Planung für 2014 wurde entsprechend der angenommenen Tarifierhöhung von 1,5 % statt 3 % bzw. 90€ brutto eine geringere Erhöhung der Entgelte einkalkuliert.

Insgesamt haben die guten Belegungssituationen in den Kinderwohngruppen und der Mutter-Kind-Gruppen- trotz der neuen Entgeltvereinbarung- nicht vollständig ausgereicht um die schlechtere Belegung der anderen Angebote zu kompensieren.

Es wurden rund 24 T€ weniger Entgelterlöse erzielt als geplant. Dies entspricht einem Minus von 0,43%.

Sonstige Erträge

Mit Ausnahme von nicht geplanten Erstattungen von Versicherungen für entstandene Schäden (Sturm und Fahrzeugschäden) und dem Verkauf eines Fahrzeugs nach einem wirtschaftlichen Totalschaden, gab es im Bereich der Sonstigen Erträge, keine wesentlichen Abweichungen von den Planwerten.

Zinsen

Seit dem dritten Quartal sank der durchschnittliche EONIA-Zinssatz, mit dem das Sondervermögen verzinst wird, erneut extrem ab. Die Zinsen für das zweite Halbjahr lagen unter 100 €. Im ersten Halbjahr waren es je Quartal noch knapp 500 €.

Personalaufwand:

Im Wirtschaftsplan wurden die Tariferhöhungen von 1,5 % eingeplant. Tatsächlich wurden die Gehälter zum 01.03.2014 um 3 % bzw. mindestens 90€ brutto erhöht.

Die Pensionsrückstellungen wurden von einem versicherungsmathematischen Institut berechnet. Die jährlich ermittelten Werte schwanken. Für 2014 war die Rückstellung T€ 10 höher als erwartet.

Die Personalrückstellungen für Urlaub, Überstunden, Jubiläen, LOB (Leistungsorientierte Bezahlung) sowie für Zuschläge (z.B. für Arbeit an Feiertagen oder für Nachtarbeit) waren ebenfalls höher als geplant. Ursache hierfür sind u.a. längere, krankheitsbedingte Personalausfälle, die u.a. durch andere Mitarbeiter aufgefangen werden mussten.

Die Altersteilzeitumlage wird KIJU immer am Ende des Jahres durch das Personalressort der Stadt mitgeteilt. Die Steigerung der angeforderten Umlage für 2012 auf 2013 war ungewöhnlich hoch. Da der Erfolgsplan für 2014 zum Zeitpunkt der Mitteilung über die Höhe der Altersteilzeitumlage 2013 bereits erstellt war, ist der Planwert für 2014 zu gering. Die Stadt hat für 2014 eine Altersteilzeitumlage von 116,6 T€ von KIJU gefordert. Geplant waren 95 T€

Die Personalkosten lagen insgesamt bei 4,69 Millionen Euro und damit um 157,9 T€ über dem Planwert.

Sachaufwendungen:

Die Instandhaltungsaufwendungen waren, wie im Laufe des Jahres 2014 angekündigt, höher als der Planwert. Durch das Dach in der Edith-Stein-Str. ist Wasser eingedrungen. Der Dachstuhl wies einen Pilzbefall auf, so dass das Dach in diesem Bereich komplett erneuert werden muss.

Im größten Objekt, Am Jagdhaus, wurde festgestellt, dass Arbeiten am Leitungssystem zwingend erforderlich sind. Fachleute vom Gebäudemanagement sind involviert. Ein Gutachten zu dieser Problematik wurde erstellt. Die Umsetzung der Maßnahme zur thermischen Absicherung verschiebt sich in das Jahr 2015, so dass die Überschreitung des Planwertes niedriger ausfällt als im Laufe des Jahres 2014 angenommen. Die Ausschreibung und Vergabe hat länger gedauert als erwartet. In 2015 ist daher mit entsprechend höheren Aufwendungen zu rechnen. Das GMW beziffert die Kosten für diese Maßnahme inzwischen auf T€ 97,5 zuzüglich 16% Pauschale für die Abwicklung über das GMW. Bisher wurde ein Betrag von T€ 63 veranschlagt.

Die Umsetzungen der für 2014 geplanten Maßnahmen wurden soweit möglich im Sommer 2014 gestoppt, so dass im geringen Umfang Einsparungen für Instandhaltung erzielt werden konnten.

Insgesamt sind in 2014 zusätzliche Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von rund T€ 19 entstanden.

Für 2014 war der Austausch der ölbetriebenen Heizung durch ein Blockheizkraftwerk vorgesehen. Dazu sollte das BHKW über einen Contracter finanziert werden. Dabei sollten die Energiekosten jährlich um rund 20.000€ reduziert werden. Zur Abwicklung dieser Maßnahme wurde das GMW hinzugezogen. Der Austausch der Anlage verzögert sich, so dass diese geplante Einsparung der Energiekosten in 2014 nicht erzielt werden konnte. Die Maßnahme ist nun für 2015 geplant.

Durch den warmen Winter 2013/2014 wurde weniger Gas / Heizöl verbraucht. Hinzu kommt eine deutliche Energieeinsparung durch die Dachsanierung des Objekts am Friedenshain.

Obwohl die Einsparung durch den Austausch der Heizungsanlage Am Jagdhaus nicht enthalten ist, wurde der Planwert für Wasser, Energie und Brennstoffe insgesamt um T€ 1,8 unterschritten.

Aufgrund der schlechteren Auslastung sind in allen belegungsabhängigen Bereichen wie Lebensmittel und Betreuungsaufwand geringere Aufwendungen entstanden.

Aufgrund der wirtschaftlich angespannten Lage in 2014 wurden, neben dem Umsetzungsstopp für Instandhaltungsmaßnahmen (s.o.) im Sommer 2014, soweit vertretbar auch Neu- bzw.- Ersatzbeschaffungen reduziert.

Statt einer externen Reinigungskraft wurde in einer Gruppe eine zurückgekehrte Mitarbeiterin eingesetzt. Die Kosten für Wirtschaftsbedarf konnten so insgesamt um T€ 21,3 im Vergleich zum Planwert reduziert werden. Die Steigerung der Personalkosten (s.o.) ist im geringen Umfang auch auf diese Maßnahme zurückzuführen.

Abschreibungen:

Die Abschreibungen entsprechen den ursprünglichen Planwerten.

Zinsen:

Neben den Darlehenszinsen, die entsprechend der Tilgungspläne gezahlt werden, ist im Zinsaufwand auch die Verzinsung der Vorjahresverpflichtung (Pensionsrückstellung) in Höhe von T€ 28,2 enthalten.

Zusammenfassung:

Nach dem dritten Quartal wurde für 2014 noch von einem Verlust in Höhe von rund T€ 250 ausgegangen. Durch die Verschiebung von Instandhaltungsmaßnahmen in das Jahr 2015 ist der Verlust in 2014 in Höhe von T€ 143,5 nun geringer.

Der Verlust ist im Wesentlichen durch die Auslastungssituation, durch die Tarifierhöhung bzw. durch die zeitverzögerte Anpassung der Entgelte sowie durch unvorhergesehene Schäden an den Gebäuden entstanden.

Der städtische Haushalt wird durch das negative Betriebsergebnis nicht belastet, sofern der Verlust mit den Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet wird.

Die Liquidität des Betriebes ist gut.